

Atomkraft-Deal mit Macron? Plötzlich gibt Merkel klein bei

Welt, 27.10.2021, Tobias Kaiser

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus234666966/EU-Pakt-Deal-mit-Macron-Plotzlich-gibt-Merkel-ihr-Ja-fuer-die-Atomkraft.html>

Hilft Kernkraft, den Klimawandel zu bekämpfen – und wenn ja zu welchem Preis? Die Frage spaltet auch die EU. Frankreich hat sich jetzt offenbar durchgesetzt. Dahinter scheint ein ungewöhnlicher Deal der Bundeskanzlerin mit dem französischen Präsidenten zu stecken.

Das Thema stand nicht auf der Tagesordnung, aber davon ließen sich die Verfechter der Atomkraft nicht abbringen. Auf dem Notfallgipfel der EU-Energieminister, einer Schauveranstaltung, auf der es öffentlichkeitswirksam um die hohen Energiepreise gehen sollte, meldete sich das Lager der Pro-Atomkraft-Länder trotzdem zu Wort.

„Viele Delegationen“ hätten gefordert, dass Brüssel in Sachen Atomkraft schnell Position bezieht, sagte der slowenische Infrastrukturminister Jernej Vrtovec am Dienstagmittag nach dem Treffen.

Es geht dabei um einen Streit, der die EU seit Monaten spaltet: Ist Atomkraft im Kampf gegen den Klimawandel eine nachhaltige Option? Für die Atomindustrie – allen voran die französische – entscheidet diese Festlegung über die wirtschaftliche Zukunft. Und für viele Staaten geht es um den Energiemix für die kommenden Jahrzehnte.

Die Entscheidung ist Teil der sogenannten Taxonomie, einer Art grüner Bibel, die festlegen soll, welche Investitionen klimafreundlich sind. Die Festlegung wird in den kommenden Jahren maßgeblich beeinflussen, wohin Milliarden von Anlegergeldern und EU-Fördermitteln fließen werden – und wohin nicht.

Und davon wird abhängen, wie leicht Unternehmen und Staaten neue Atomkraftwerke, Endlager und die Infrastruktur rund um die Atomkraft finanzieren können.

Kein Wunder, dass Frankreich sich in Brüssel seit Jahren vehement für die Atomkraft einsetzt. Nicht nur, dass die Stromversorgung des Landes weitgehend an der Kernspaltung hängt; der Staat hält auch mehr als 80 Prozent am hoch verschuldeten Atomkraftwerksbetreiber EDF.

Merkel hat offenbar eingelenkt

Und die Regierung möchte die Atomkraft weiter ausbauen. Präsident Emmanuel Macron will noch in den nächsten Wochen konkrete Pläne für neue Kernkraftwerke vorlegen, heißt es aus der französischen Regierung. Bis zu sechs neue Druckwasserreaktoren seien geplant.

Dabei geht es um viele Milliarden: Am Standort Flamanville in der Normandie baut EDF seit 2007 an einem solchen Reaktor; die Kosten auf der Pannen-Baustelle haben sich inzwischen beinahe versechsfacht auf gut 19 Milliarden Euro.

Bisher haben andere EU-Staaten die Atomkraft entschieden abgelehnt; neben Österreich und Luxemburg, wo Europas entschiedenste Atomkraftgegner sitzen, gehörte auch Deutschland zu den engagiertesten Gegnern auf EU-Ebene.

Jetzt aber wohl nicht mehr. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat offenbar auf dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs am vergangenen Donnerstag und Freitag eingelenkt.

So deuten Beobachter zumindest eine Ankündigung von Ursula von der Leyen, der Präsidentin der Europäischen Kommission, auf der Pressekonferenz nach dem Gipfel. Die Politikerin kündigte dort und in einer Twitter-Nachricht an, einen Vorschlag für das EU-Nachhaltigkeitslabel vorzulegen, der auch Atomkraft und Gas einschließt.

„Wir brauchen auch eine stabile Quelle, Atomenergie, und im Übergang natürlich Erdgas“, sagte sie. „Deshalb werden wir unseren Vorschlag für die Taxonomie vorlegen.“

Diese Festlegung kam für Beobachter überraschend, hatte doch Finanzmarkt-Kommissarin Mairead McGuinness erst vergangene Woche erklärt, mit der weitreichenden Entscheidung werde die Behörde sich möglicherweise bis zum kommenden Jahr Zeit lassen.

Offenbar haben Merkel und Macron aber auf dem Gipfel einen Deal geschlossen. Die Kommission habe immer sehr deutlich gemacht, dass die Behörde erst dann eine Festlegung für die Taxonomie treffen werde, wenn Deutschland und Frankreich sich in der Frage einig seien, heißt es aus französischen Regierungskreisen gegenüber WELT. Auf Merkels Abschiedsgipfel war es offenbar so weit.

Neue Mitglieder im Pro-Atomkraft-Lager

Tatsächlich war Deutschland in dem Streit weitgehend ins Abseits gerutscht. Zu Beginn der Debatte, vor zwei Jahren, waren die Lager um Atomkraftbefürworter und -gegner noch ausgeglichen. Die neuen schärferen Klimaziele der EU und die starken Preissteigerungen bei Energiepreisen in den vergangenen Monaten haben aber offenbar bei einigen Staaten zum Umdenken geführt. Die Atombefürworter sind jetzt in der Überzahl.

Frankreich konnte auf europäischer Ebene eine ganze Reihe von Staaten um sich scharen, die beim Klimaschutz ebenfalls auf Atomkraft setzen. Finnland gehört dazu, das sich von Frankreich gerade einen EPR-Reaktor bauen lässt, außerdem Bulgarien, Polen, Kroatien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn.

Minister aus diesen Ländern hatten in WELT einen Pro-Atom-Appell veröffentlicht. Zuletzt sind offenbar auch Schweden und die Niederlande, wo neue Atomkraftwerke erwogen werden, in das Pro-Atom-Lager gewechselt.

Dazu beigetragen haben offenbar auch die hohen Energiepreise und die Abhängigkeit vieler Staaten vom Erdgas. Auch in Deutschland wird Erdgas als wichtiger Energielieferant beim Übergang auf klimaneutrale Energiequellen gesehen. Frankreich hatte aber immer gedroht, ein Veto einzulegen, wenn die Kommission Erdgas als nachhaltig erkläre, Atomstrom jedoch nicht.

Grüne wollen Atom-Greenwashing verhindern

Von der Leyens Erklärung macht denn auch deutlich, worauf sich Deutschland und Frankreich geeinigt haben: Atomstrom wird dauerhaft auf viele Jahrzehnte als nachhaltig gelten, Erdgas zumindest für die kommenden Jahre des Übergangs. Österreich und Luxemburg seien nach der Äußerung von der Leyens äußerst verärgert gewesen, heißt es in Brüssel.

Atomkraftgegner reagierten enttäuscht. „Merkel hat ihren Widerstand gegen das Greenwashing der Atomkraft aufgegeben, warum weiß ich nicht“, sagt Sven Giegold, einflussreicher Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament. „Sie hat damit von der Leyen grünes Licht gegeben. Wenn von der Leyen jetzt sagt, sie wird Atomenergie und Gas in die Taxonomie aufnehmen, können die Mitgliedstaaten sie daran nicht mehr hindern.“

Tatsächlich wird die Änderung in einem sogenannten Delegierten Rechtsakt festgehalten. Dagegen können die Mitgliedstaaten nur mit einer qualifizierten Mehrheit Einspruch erheben; die erscheint in diesem Fall aber kaum erreichbar. Giegold hat als Reaktion eine Petition gestartet. Die zentrale Forderung: „Der EU-Vorschlag darf nicht vorgelegt werden, bevor die neue Bundesregierung im Amt ist.“